

DOSSIER

#5 2021 | BEILAGE DES AKTUELL |

OGBL



Staatsbudget 2022

unter der Lupe

Einleitung

Jedes Jahr gibt die Arbeitnehmerkammer ausführliche Stellungnahmen zum Staatshaushalt und zur mehrjährigen Finanzplanung des Staates ab. So enthält die Stellungnahme zum Staatshaushalt für das Jahr 2022 auf nicht weniger als 113 Seiten ausführliche Analysen der wirtschaftlichen, sozialen und finanziellen Lage, zahlreiche Grafiken und Statistiken zur Veranschaulichung und Untermauerung dieser Analysen sowie konkrete Vorschläge zur Verbesserung der Situation der Arbeitnehmer und Rentner.

Leider werden diese Stellungnahmen nur sehr unzureichend von der nationalen Presse aufgegriffen und bleiben ziemlich unbekannt, obwohl die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Arbeitnehmerkammer jedes Jahr viel Arbeit in die Erstellung all dieser Analysen investieren.

Da die Analysen und Vorschläge der CSL voll und ganz mit den Positionen des OGBL übereinander stimmen, haben wir beschlossen, die Dossierseiten des Aktuell zu nutzen, um unseren Leserinnen und Lesern eine Zusammenfassung der CSL-Stellungnahme zum Haushalt 2022 zu geben. Diejenigen unter Ihnen, die noch tiefer in die Materie eindringen möchten, können die vollständige Stellungnahme natürlich auf der Website der Kammer (www.csl.lu) einsehen.



Eine günstige Wirtschaftslage im internationalen Vergleich ...

Was die Wirtschaftslage in Luxemburg betrifft, so ist sie insbesondere im internationalen Vergleich weiterhin relativ günstig; die Charakteristika der Luxemburger Wirtschaft haben es dem Land ermöglicht, sich beim Wirtschaftswachstum gut aus der Affäre zu ziehen.

In der Eurozone weisen im Jahr 2020 nur Lettland und Irland eine höhere Wachstumsrate auf als das Großherzogtum.

Im Jahr 2021 dürfte das Wachstum über dem Durchschnitt der Eurozone liegen.

Betrachtet man das reale BIP-Wachstum (das die Preisentwicklung einbezieht), dürfte Luxemburg 2021 sogar an der Spitze der europäischen Rangliste stehen.

Für das Jahr 2022 werden reale Wachstumsraten von über 3% (laut IWF sogar nahe 4%) erwartet, die damit über den Raten zwischen 2017 und 2019 liegen, aber dem historischen Durchschnitt der vergangenen 25 Jahre entsprechen.

Diese Wachstumszahlen sind wichtig für die Haushaltsentwicklung, die unter den aktuellen Umständen ebenfalls positiv ausfällt (siehe unten), da die Wirtschaftslage einen starken Einfluss auf die Haushaltseinnahmen und -ausgaben hat.

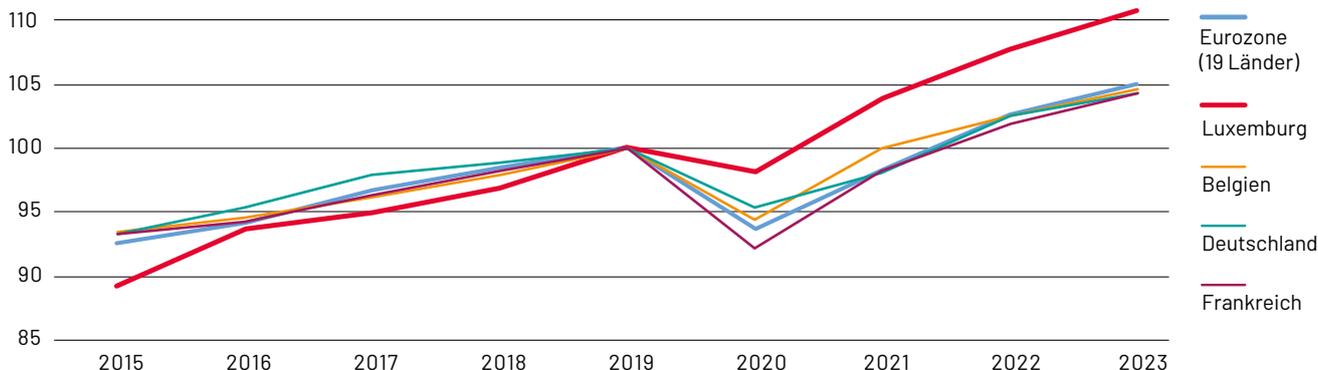
Da Luxemburg eine dienstleistungsorientierte Volkswirtschaft ist, hat der Einsatz von Telearbeit somit die wirtschaftlichen Auswirkungen des Lockdowns abgeschwächt. Hinzu kommen die Maßnahmen zur Unterstützung der Unternehmen und hier insbesondere die wichtige Maßnahme

des massiven Rückgriffs auf Kurzarbeit für Tätigkeiten, die nicht im Home Office ausgeführt werden können.

Vor diesem Hintergrund ist das Beschäftigungswachstum nach wie vor stark, wenn auch nicht mehr ganz so stark wie üblich. Während in den Nachbarländern in den Jahren 2020 und 2021 mit einem Rückgang der Beschäftigung zu rechnen ist, die 2022 (fast) wieder auf den Stand von vor der Pandemie zurückfallen wird, wurden im Großherzogtum kontinuierlich neue Arbeitsplätze geschaffen.

Auch wenn sich die wirtschaftliche Bilanz der Krise also im Moment positiver als erwartet darstellt, ist die aktuelle Situation dennoch nicht frei von einer Reihe von Risiken und Unsicherheiten in Bezug auf das kurzfristige Wirtschaftswachstum. ◊

BIP zu konstanten Preisen (Index Basis 100 im Jahr 2019)



... aber Risiken und Unsicherheiten bleiben bestehen

Nachdem die Pläne zur Impfung der Bevölkerung gegen Covid-19 Ende 2020 (hauptsächlich in den Industrieländern) angelaufen waren, erholte sich die Wirtschaftstätigkeit schneller als von den meisten Beobachtern erwartet.

Nun scheint die Impfung in den weiter entwickelten Ländern an eine Obergrenze zu stoßen. So sind in der Europäischen Union (EU) etwa zwei Drittel der Bevölkerung vollständig gegen die Krankheit geimpft, obwohl nach Schätzungen von Wissenschaftlern Impfraten von 80 % bis 90 % der Bevölkerung erreicht werden müssen, um fast alle Gesundheitseinschränkungen aufheben zu können, ohne das Krankenhaussystem zu gefährden.

Auch wenn die Impfung bereits zur Aufhebung der schwerwiegendsten Einschränkungen und zu einer gewissen Normalisierung des Alltagslebens und der Wirtschaftstätigkeit geführt hat, hängen doch diese Entwicklungen weiterhin stark von der Impfquote und dem potenziellen Auftreten neuer Varianten ab, gegen die die derzeitigen Impfstoffe weniger wirksam wären.

In diesem Zusammenhang betont die CSL, dass die Impfung gegen Covid-19 sowie die künftige Medikation für die Bevölkerung stets völlig kostenlos bleiben muss, und zwar unabhängig von der Anzahl der Impfdosen oder Pillen, die erforderlich sind, um einen optimalen und dauerhaften Schutz gegen diese Krankheit zu gewährleisten.

In Europa zeigen einige Länder Anfang November 2021 erste Anzeichen für ein

Wiederaufflammen einer neuen Ansteckungswelle und verschieben die Aufhebung der sanitären Maßnahmen oder verschärfen diese nach den Lockerungen im Sommer erneut, um eine zu starke Ausbreitung der Krankheit und eine möglicherweise zu hohe Inanspruchnahme der Krankenhäuser zu verhindern.

Was das Wirtschaftswachstum betrifft, so könnte ein erneutes Aufflammen der Pandemie in den asiatischen Produktionsländern die wirtschaftliche Erholung der Industrieländer schwächen.

Darüber hinaus ergeben sich aus dem bisher unerwartet schnellen und kräftigen Aufschwung eine Reihe von Spannungen, die ebenfalls Risiken darstellen, die den Aufschwung abschwächen könnten. Im Zusammenhang mit den globalen Wertschöpfungsketten muss man feststellen, dass sich bestimmte Entscheidungen, die auf dem Höhepunkt der Pandemie getroffen wurden, negativ auf die Fähigkeit einiger Unternehmen auswirken, schnell auf die Nachfrage zu reagieren.

Die Preissteigerungen bei Rohstoffen und Zwischenprodukten werden, wenn sie über einen längeren Zeitraum anhalten, früher oder später voll auf die Verbraucherpreise durchschlagen, was die Kaufkraft der Haushalte beeinträchtigt, die bereits durch andere Faktoren (Wohnraum, Gas- und Energiepreise) beeinträchtigt ist.

Parallel dazu sind auch die Energiepreise stark im Aufwärtstrend, insbesondere die Erdgaspreise.

Diese Entwicklungen werden sich in den kommenden Monaten auf die Haushaltsbudgets auswirken, insbesondere auf

die der ärmsten Bevölkerungsschichten, zumal der Energieverbrauch tendenziell eine relativ untragbare Ausgabe darstellt. Laut Caritas¹ sind fast 20.000 Menschen nicht in der Lage, ihre Wohnung im Winter angemessen zu heizen.

Dieser Verlust an Kaufkraft ist auch ein negativer Faktor für den wirtschaftlichen Wiederaufschwung.

Daher muss ein entscheidendes Element der öffentlichen Maßnahmen für 2022 die soziale Kompensierung dieses Anstiegs der Energiepreise für kleine und mittlere Haushalte sein:

- die kontinuierliche Versorgung mit Strom und Gas muss auch bei unbezahlten Rechnungen gewährleistet sein;
- die Energiepreise sollten vorübergehend auf einem Niveau eingefroren werden, das für die am stärksten gefährdeten Haushalte angemessen ist;
- die Beträge der Teuerungszulage müssen deutlich erhöht werden, damit sie den aktuellen Energiepreisen entsprechen;
- die für den 1. Januar 2022 geplante Erhöhung der nationalen CO₂-Steuer sollte neutralisiert werden, indem die sozialen Maßnahmen zur Kompensierung der nationalen CO₂-Steuer für die einkommensschwächsten Haushalte erheblich aufgestockt werden;
- die Besteuerung von Energieprodukten ist (zumindest vorübergehend) nach unten zu korrigieren, indem auf die Höhe der erhobenen Akzisen und/oder die Mehrwertsteuer eingewirkt wird. ◊

¹ www.rtl.lu/news/national/a/1808894.html

**Auch die Energiepreise sind
stark im Aufwärtstrend,
insbesondere die Erdgaspreise.**



Die soziale Lage und die Hauptforderungen der CSL auf dieser Ebene

Im Rahmen der Strategie Europa 2020 hatte sich die luxemburgische Regierung 2010 verpflichtet, die Zahl der von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohten Menschen innerhalb von zehn Jahren um 6.000 Einheiten zu senken. Die Zahl der von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohten Personen ist in diesem Zeitraum jedoch um 53.091 Einheiten gestiegen.

Das Fazit ist einfach: es handelt sich um eine Niederlage für die aufeinanderfolgenden luxemburgischen Regierungen.

Was die jüngsten Daten angeht, so scheint es zwischen 2019 und 2020 eine Stabilisierung der Ungleichheiten gegeben zu haben, dies jedoch auf sehr hohem Niveau: Seit 2010 ist die luxemburgische Armutsgefährdungsquote kontinuierlich gestiegen und weist nun einen Gesamtanstieg von 26 % auf (+56 % im Vergleich zu 2002).

Darüber hinaus können im Jahr 2020 nur 71,3 % der Haushalte mehr oder weniger problemlos über die Runden kommen (73,7 % im Jahr 2019).

Diese Zahlen und Indikatoren zeigen, dass die aktuelle und frühere Regierungspolitik nicht wirklich in der Lage war, diesen seit Anfang der 2000^{er}-Jahre begonnenen Trend zu bremsen.

Angesichts des Ausmaßes der prekären Situation, die immer mehr Menschen in Luxemburg erleben, ist es für die CSL von größter Bedeutung, dass die Regierung einen Plan zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung aufstellt. Ein Plan, der realistische Ziele, einen einzuhaltenden Zeitplan und klare und präzise umzusetzende Maßnahmen enthält. Ein Plan, der gemeinsam mit der Zivilgesellschaft (einschließlich der Gewerkschaften) und mit Haushaltsinvestitionen, die den zu erreichenden Zielen entsprechen, ausgearbeitet wird.

Es ist für die CSL von größter Bedeutung, dass die Regierung einen Plan zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung aufstellt

Die CSL glaubt, dass dieser Plan insbesondere folgende Maßnahmen enthalten sollte:

1. Aufwertung der Familienleistungen: Die CSL kritisiert heftig, dass nur die Grundzulage, d.h. das Kindergeld, und die Alterszuschläge dem System der automatischen Indexierung unterworfen werden. Darüber hinaus bedauert die CSL, dass die Regierung nicht auf ihre Forderung nach

einer minimalen und sofortigen Erhöhung aller Familienleistungen um 7,7 % eingegangen ist. Diese Erhöhung entspricht dem Anstieg der Lebenshaltungskosten seit 2014, als Regierung und Gewerkschaften eine Einigung über den Anpassungsmechanismus zwischen Familienleistungen und Lebenshaltungskosten erzielt hatten.

2. Erhöhung der Teuerungszulage, wie sie 2020 umgesetzt wurde (Verdoppelung). Die Erhöhung um 10 % im Jahr 2021 und die für 2022 angekündigte Aufwertung haben den seit 2009 erlittenen Kaufkraftverlust und den aktuellen Anstieg der Energiepreise nicht ausgeglichen. Darüber hinaus wurde die Erhöhung der Zulage für teure Lebenshaltungskosten im Jahr 2021 als Ausgleich für die Einführung der CO₂-Steuer angekündigt und kann daher nicht als Aufwertung angesehen werden, die die Situation der Ärmsten verbessert.

3. Erhöhung des gerontologischen Betreuungszuschlags: Die CSL fordert, dass die Tabelle für diesen Zuschlag an die tatsächlichen Preise in den Altenheimen angepasst wird.

4. Verstärkte Unterstützung für Alleinerziehende: Es ist unerlässlich, den Betrag der Steuergutschrift für Alleinerziehende anzuheben und ihre Degression bei einem höheren zu versteuernden Einkommen



Es ist unerlässlich, den Betrag der Steuergutschrift für Alleinerziehende anzuheben und ihre Degression bei einem höheren zu versteuernden Einkommen einzuschalten.

einzuschalten. Es wäre auch notwendig, die Steuerklasse für Haushalte von Alleinerziehenden zu überprüfen, indem man ihnen beispielsweise den Vorteil der Steuerklasse 2 gewährt oder sich eine weniger progressive Steuerklasse vorstellt.

5. eine Erhöhung des REVIS und des gesetzlichen Mindestlohns: Die CSL fordert eine strukturelle Erhöhung, da weder das REVIS noch der Mindestlohn derzeit die Armutsgefährdungsschwelle oder das Referenzbudget für einen Haushalt gemäß Statec erreichen.

6. eine strukturelle Erhöhung der

Mindestrente: Es hat sich herausgestellt, dass die Nettomindestrente immer noch zu nahe an der Armutsgefährdungsschwelle liegt. Daher sollte die Höhe der Mindestrente neu bewertet werden.

Die beängstigende Entwicklung der Langzeitarbeitslosigkeit muss auch im Auge behalten werden; die CSL fordert eine Verlängerung der normalen Bezugsdauer (ohne die bereits vorgesehenen Verlängerungen, insbesondere für Arbeitslose über 50 Jahre und schwer vermittelbare Arbeitslose) über maximal 365 Tage pro Zeitraum von 24 Monaten hinaus. ◊

Wesentlich solidere öffentliche Finanzen als erwartet und eher zaghafte Prognosen

Die öffentlichen Finanzen Luxemburgs sind strukturell gesund, auch wenn sie durch die Krise natürlich arg strapaziert wurden.

In Anbetracht der mittelfristigen Haushaltsprojektionen, die im Rahmen des Gesetzentwurfs über die mehrjährige Finanzplanung für den Zeitraum 2021-2025 erstellt wurden, scheint es, dass Luxemburg ab 2022 alle europäischen Kriterien, d. h. in Bezug auf das öffentliche Defizit, den öffentlichen Schuldenstand und den strukturellen Saldo, erfüllen wird und diesbezüglich ein Musterschüler bleibt.

Es sei daran erinnert, dass diese Kriterien in den Jahren 2020, 2021 und 2022 nicht angewendet werden.

Ihre Nichtanwendung in diesen Jahren hat es den Mitgliedstaaten zwar ermöglicht, angemessen zu reagieren; dennoch ist eine grundlegende Überarbeitung dieser Regeln auf europäischer Ebene erforderlich, um die Investitionen tätigen zu können, die notwendig sind, um unsere Gesellschaften auf den ökologischen und digitalen Wandel vorzubereiten. Die CSL plädiert für eine goldene Regel bei den öffentlichen Finanzen, die die Ausgaben für Investitionen, die zur Vorbereitung auf die Zukunft notwendig sind, getrennt behandelt.

Die CSL ist der Ansicht, dass das Haushaltsdefizit 2021 und auch 2022 geringer

ausfallen wird als erwartet, da die Steuereinnahmen zu niedrig angesetzt wurden und einige Investitionsausgaben nicht getätigt wurden.

Laut Haushaltsentwurf werden sich die Einnahmen ohne Finanztransaktionen im Jahr 2022 auf 19,5 Mrd. EUR belaufen, was einem Anstieg von 3,5% gegenüber der vorläufigen Jahresabrechnung 2021 entspricht. Die CSL ist der Ansicht, dass es sich hierbei um eine zu vorsichtige Prognose der Einnahmen für das Haus-

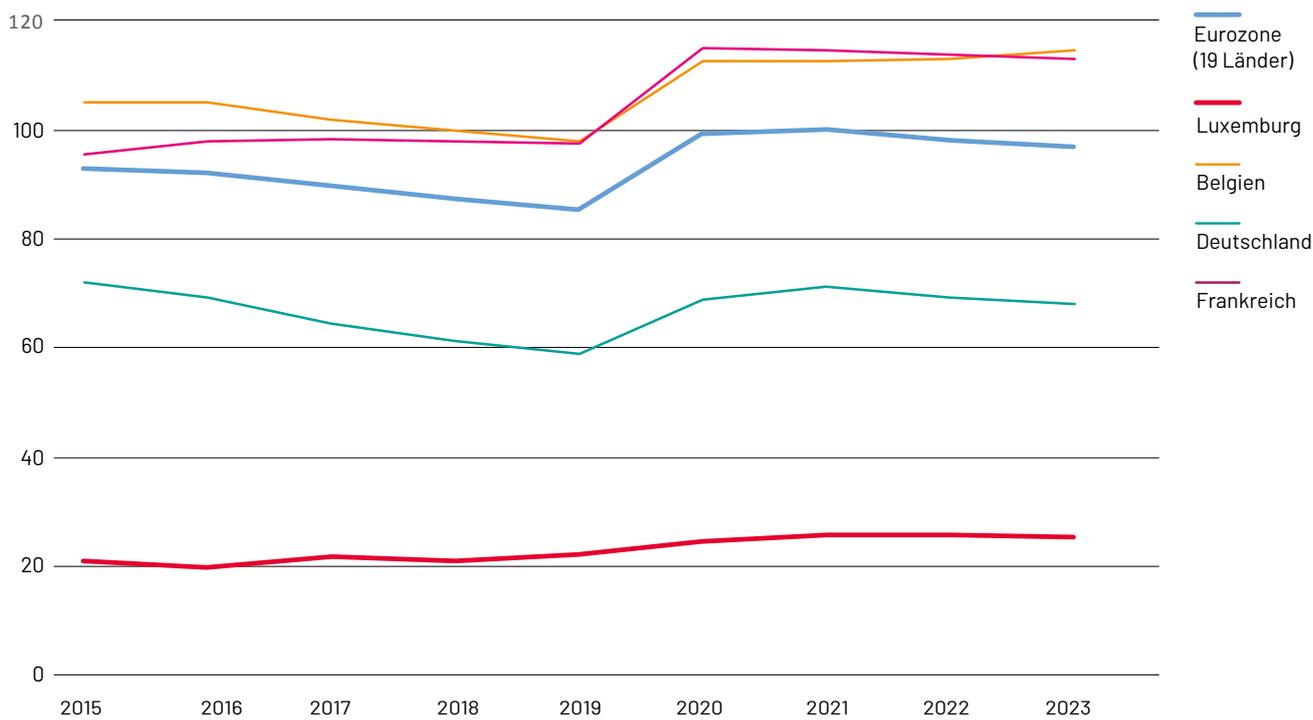
haltsjahr 2022 handelt.

In der Tat muss die Prognose für 2022 in ihren wirtschaftlichen Kontext gestellt werden. Das STATEC prognostiziert für das Jahr 2022 einen Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) um 3,5% und eine Inflation von voraussichtlich 2,5%.

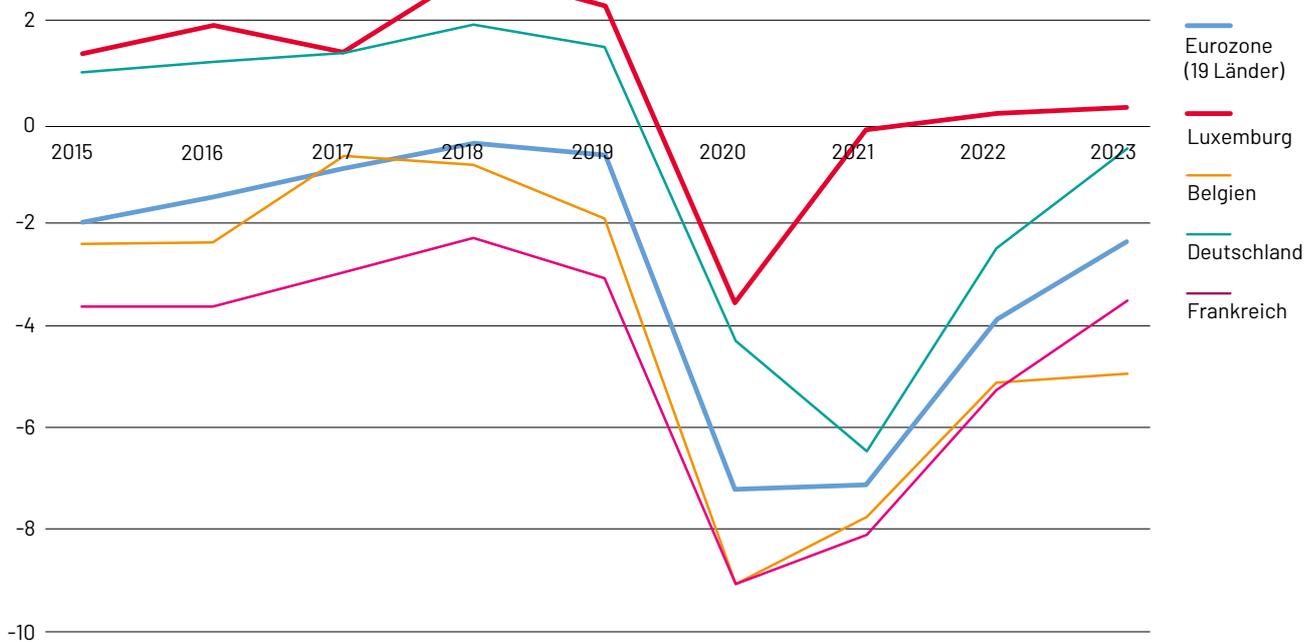
Die Entwicklung der Staatseinnahmen orientiert sich in der Regel stärker an der Entwicklung des nominalen BIP; die Einnahmen dürften daher um mehr als 3,5% steigen. ◊



Öffentliche Schulden (in % vom PIB)



Saldo der öffentlichen Verwaltungen (in % vom PIB)



Investitionen auf hohem Niveau, aber zum Teil die falschen Schwerpunkte

In einem Umfeld, in dem die Krise überwunden und die Wirtschaft wieder angekurbelt werden soll, sind öffentliche Investitionen noch wichtiger als sonst, da sie das Instrument der öffentlichen Instanzen zur Stabilisierung und Stärkung der wirtschaftlichen Tätigkeit darstellen. Darüber hinaus und vor diesem Hintergrund sind Konjunkturmaßnahmen durch öffentliche Investitionen besonders wirksam und finanzieren sich zum Teil selbst, da es sich um Ausgaben handelt, die über die Steigerung des Wachstumspotenzials einer Volkswirtschaft neue Einnahmen generieren.



**Die Krise auf der Ebene des Rechts auf
Wohnen ist die wichtigste soziale Herausforderung
der heutigen Zeit und ein konsequenteres und mutigeres
Eingreifen der Regierung in die Entwicklung der
Immobilienpreise und Mieten ist unumgänglich geworden.**

Angesichts der enormen Herausforderungen, vor denen wir in Bezug auf die Bekämpfung der Ungleichheiten, die Digitalisierung, den Wohnungsbau und den ökologischen Wandel stehen, ist es zudem offensichtlich, dass hierfür erhebliche Haushaltsmittel bereitgestellt werden müssen, während die CSL trotz des angekündigten hohen Investitionsniveaus der Ansicht ist, dass es dem Haushaltsentwurf in einigen Bereichen an Ehrgeiz oder zumindest an Transparenz fehlt.

Was die Investitionen in den ökologischen Wandel betrifft, so verzeichnet Luxemburg seit mehreren Jahren einen Aufwärtstrend bei den entsprechenden öffentlichen Ausgaben.

Die CSL fordert jedoch die Regierung auf, nicht nur die Gesamtsumme anzukündigen, egal wie hoch diese auch sein mag, sondern die damit finanzierten Projekte und ihre erwarteten Auswirkungen detailliert darzulegen.

Dadurch soll vermieden werden, dass man zu dem Schluss kommt, dass die für Umweltausgaben vorgesehenen Beträge eher eine Form von „Greenwashing“ darstellen als ein echtes Bewusstsein für die Größe der Aufgabe und den Beitrag, den das Großherzogtum im weltweiten Kampf gegen den zunehmenden Klimawandel leisten kann und muss.

Die CSL kritisiert auch den Mangel an Details bezüglich der Auswirkungen auf den Haushalt der verschiedenen Pläne und Initiativen, zur Bekämpfung der digi-

talen Kluft, die in ihren Augen eine Priorität darstellt.

Die CSL begrüßt zwar die aktive Fortsetzung des Erwerbs von Bauland zur Schaffung von Wohnraum und die Erhöhung des Anteils des Sonderfonds zur Unterstützung der Wohnraumentwicklung, der für den Erwerb durch den Staat vorgesehen ist, aber die Bemühungen bleiben enttäuschend, wenn nicht gar lächerlich, wenn man das Ausmaß des Ungleichgewichts zwischen der öffentlichen Hand und dem der privaten Akteure beim Besitz von Baugrundstücken betrachtet. Die Krise auf der Ebene des Rechts auf Wohnen ist die wichtigste soziale Herausforderung der heutigen Zeit und ein konsequenteres und mutigeres Eingreifen der Regierung in die Entwicklung der Immobilienpreise und Mieten ist unumgänglich geworden.

Im Übrigen steigt die Dotierung des Fonds für militärische Ausrüstung, der zur Zahlung von Ausgaben dient, die durch Investitionen in militärische Fähigkeiten und Mittel verursacht werden, deutlich schneller von 129 Millionen Euro im verabschiedeten Haushalt für 2021 auf 245 Millionen Euro im Jahr 2025, was einem Wachstum von 97% entspricht. Die CSL ist erstaunt über diese Entwicklung interpelliert und lehnt diese Verteilung der Haushaltsmittel, die eine absolut inakzeptable politische Prioritätensetzung widerspiegelt, kategorisch ab.

Was die öffentliche Gesundheit betrifft, so hat die sanitäre Krise insbesondere gezeigt, dass die im Gesundheitsbereich

durchgeführte Politik offensichtlich zu sehr von Überlegungen zur Kostenbegrenzung und einem Mangel an Investitionen sowohl in Personal (Ärzte, Pflegepersonal) als auch in notwendiges technisches Material und Infrastruktur (verfügbare Pflegebetten) geprägt war, die auf das absolute Minimum reduziert wurden, um den Normalbetrieb zu gewährleisten, ohne nennenswerten Handlungsspielraum (sowohl in Bezug auf Intensivpflegebetten als auch auf qualifiziertes Personal) im Falle des Auftretens einer Krise wie der, die wir zurzeit erleben. Der Haushaltsentwurf bietet keine ausreichenden Anhaltspunkte, um diese Situation zu bereinigen.

Insbesondere im Bereich der Gesundheit am Arbeitsplatz und angesichts des Mangels an Arbeitsmedizinern stellt sich heraus, dass der Haushaltsentwurf 2022 keine konsequenten Investitionen in die Organisation einer postuniversitären Ausbildung für Arbeitsmediziner vorsieht.

Allgemein gesehen und obwohl die Aus- und Weiterbildung seit mehreren Jahren eine der Prioritäten der Regierung ist, wird die nationale Strategie zur Kompetenzentwicklung noch immer ausgearbeitet, aber ihre Umsetzung ist noch nicht abgeschlossen.

Es ist daher nicht verwunderlich, dass die mehrjährige Haushaltsplanung an keiner Stelle die Ausgaben vorwegnimmt, die für die Umsetzung dieser Strategie unerlässlich sind. Eine Tatsache, die unsere Berufskammer zutiefst bedauert. ◊

Steuererhöhungen werden vorgesehen, obwohl Entlastungen für die mittleren- und unteren Einkommenschichten angebracht wären

Während die von der Regierung angekündigte Steuerreform verschoben wurde, muss dennoch hervorgehoben werden, dass ihre Untätigkeit zu einer Steuererhöhung auf zwei Ebenen führt.

Erstens steigt die CO₂-Steuer vor dem Hintergrund explodierender Energiepreise weiter an, während die sozialen Ausgleichszahlungen, die 2021 parallel zu dieser Steuer eingeführt wurden, nicht entsprechend angepasst werden. Darüber hinaus kritisiert die CSL den völligen Mangel an Transparenz in Bezug auf die Verwendung der Einnahmen aus dieser Steuer; es sei daran erinnert, dass ursprünglich versprochen worden war, dass die Hälfte dieser Einnahmen für soziale Ausgleichsmaßnahmen verwendet werden sollte. Die CSL vermutet, dass wir weit davon entfernt sind.

Darüber hinaus bekräftigt unsere Kammer ihren Widerstand gegen die künstliche Neutralisierung des Preisanstiegs durch die CO₂-Steuer im Index, die im Übrigen ohne Konzertierung mit den Sozialpartnern erfolgte. Sie erinnert daran, dass in diesem Bereich nur die von den Verbrauchern erlittenen Preiserhöhungen zählen, unabhängig davon, ob diese Erhöhungen

auf das Phänomen, dass die Nachfrage das Angebot übersteigt, oder auf Preiserhöhungen bei Rohstoffen zurückzuführen sind. Steigende administrierte Preise sind daher auch in den Mechanismus der gleitenden Lohnskala einzubeziehen, der keineswegs die Aufgabe hat, die Wahl der Verbraucher in Bezug auf den Konsum gesundheits- oder umweltschädlicher Produkte zu lenken.

Zweitens stellt die Tatsache, dass der Steuertarif seit Jahren nicht an die Inflation angepasst wird, de facto eine Erhöhung der Steuerlast dar, insbe-

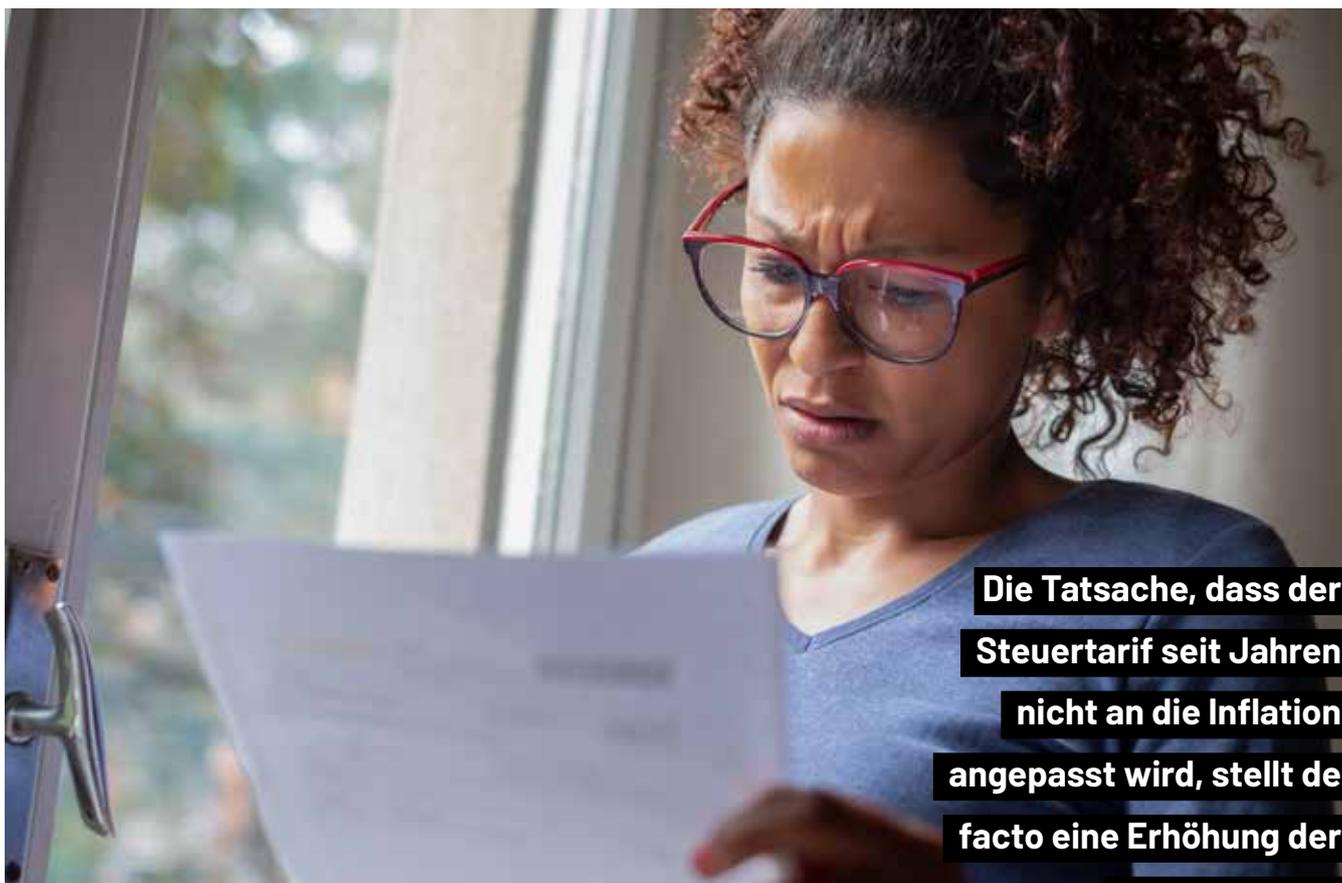
sondere für die unteren und mittleren Einkommenschichten.

Daher sollte die 2013 abgeschaffte automatische Anpassung des Tarifs an die Preisentwicklung wieder aktiviert werden. Dazu wird die Indexierung des Tarifs an den Mechanismus der Lohnindexierung gekoppelt: Für jede Indexstufe eine Aufwertung des Tarifs in Höhe der seit der letzten Anpassung verstrichenen Inflationsrate.

Die folgende Tabelle zeigt die Auswirkungen einer Indexstufe auf ein Gehalt von 50.000 Euro in einem Tarif der Klasse

**Auswirkung einer Indexstufe auf das Einkommen
in einem nicht angepassten Steuertarif**

Klasse 1	Indextranche (+2.5 %)		
	Vorher	Nachher	Δ in%
Brutto	50.000	51.250	2,50 %
Sozialbeiträge	5.525	5.663	2,50 %
Steuerpflichtig	43.455	44.567	2,56 %
Quote+Solidarität	7.047	7.483	6,2 %
Abhängigkeit	605,21	622,71	2,89 %
SGA	522,00	500,25	-4,2 %
Zur Verfügung stehendes Einkommen	37.344,79	37.981,42	1,7 %



Die Tatsache, dass der Steuertarif seit Jahren nicht an die Inflation angepasst wird, stellt de facto eine Erhöhung der Steuerlast dar

1, der selbst nicht an die Inflation angepasst wird, um die Situation steuerlich zu neutralisieren. Infolgedessen ist der Anstieg des verfügbaren Einkommens geringer als der Anstieg des Bruttoeinkommens, was auf die Progressivität der Besteuerung zurückzuführen ist, aber Ansteigen der Steuerlast um 6,2 %, während der Steuerkredit für Arbeitnehmer um 4,2 % zurückgeht.

Ähnlich wie bei der allgemeinen Anpassung des Tarifs an die Inflation ist es wichtig, die bestehenden Steuervergünstigungen zu erhöhen, aber auch neue Freibeträge einzuführen, wo dies notwendig sein könnte, und diese gegebenenfalls in Form von Steuerkrediten für Arbeitnehmer, die unterhalb der Besteuerungsgrenze liegen, auszuweiten.

Darüber hinaus ist die Besteuerung von Kapitaleinkommen im Allgemeinen immer noch niedrig. Eine höhere Besteuerung

dieser Einkünfte, die mindestens der Besteuerung von Löhnen und Gehältern entspricht, wäre nicht nur sozial gerechter, sondern würde auch einen Beitrag zur Finanzierung der an anderer Stelle geforderten Entlastungen leisten.

Die Stellungnahme der CSL zeigt, dass ein Arbeitnehmer mit einem Bruttolohn- und Gehaltseinkommen von 4.167 Euro monatlich durch einen höheren durchschnittlichen Steuersatz zur Besteuerung beiträgt als ein anderer Arbeitnehmer, der über ein gemischtes Einkommen verfügt, das sich sowohl aus einem Lohn als auch aus Kapitaleinkünften aus beweglichem oder unbeweglichem Vermögen (Miete, Sparzinsen, Dividenden, Veräußerungsgewinne) zusammensetzt. Also wird der Arbeitnehmer bei gleichem Einkommen gegenüber dem Bezieher von Kapitaleinkommen benachteiligt.

Eine Lösung zur Beseitigung der Unge-

rechtigkeit bestünde darin, die Schwelle für die Steuerbefreiung von der halben Dividende z. B. auf die 3/4-Dividende oder sogar auf jede Lösung zu senken, die auf 100 % der Bemessungsgrundlage hinausläuft. Ebenso würde die starke Senkung oder sogar Abschaffung der steuerfreien Tranche von 1.500 Euro für Kapitaleinkommen eine noch engere Angleichung dieser Art von Einkommen an die Löhne und Gehälter ermöglichen.

Zweitens ist die Einschränkung der Steuerabzüge für Mehrfacheigentümer, die ihr Eigentum vermieten, zwingend erforderlich, nicht nur um mehr Steuergerechtigkeit zu erreichen, sondern auch um das Phänomen der Spekulation im Immobilienbereich einzudämmen.

Schließlich sollten Kapitalgewinne aus Wertpapieren und Immobilien konsequent besteuert werden. ◊

Der luxemburgische Staatshaushalt und die Prozedur des europäischen Semesters

Seit 2010 ist der jährliche Staatshaushalt auch in das Verfahren des „Europäischen Semesters“ eingebunden. Das „Europäische Semester“ ist der jährliche Zyklus zur Ausrichtung und Überwachung der europäischen Politik (Wirtschafts-, Haushalts- und Strukturpolitik), in dessen Rahmen die Europäische Union (EU) Empfehlungen an die Mitgliedstaaten ausspricht und deren Umsetzung auf nationaler Ebene sowie die Anwendung der allgemein anerkannten europäischen Politiken und Regeln überwacht.

Diese europäischen Leitlinien zielen darauf ab, Wachstum und Beschäftigung zu fördern sowie die wirtschaftliche Konvergenz und die soziale Gerechtigkeit zu stärken.

Dieser Zyklus gliedert sich in mehrere Phasen. Zunächst gibt es eine vorwiegend europäische Phase, die in der Regel im November vor dem Zieljahr mit der Annahme durch den Europäischen Rat des Jahreswachstumsberichts, des Berichts über den Warnmechanismus im Rahmen des Verfahrens bei makroökonomischen Ungleichgewichten und des gemeinsamen Beschäftigungsberichts

beginnt. Der Jahreswachstumsbericht wird von einer Empfehlung des Rates zur Wirtschaftspolitik als Ganzes begleitet.

Auf dieser Grundlage formuliert die Europäische Kommission globale länderspezifische Berichte, die im Februar veröffentlicht werden.

Dann beginnt die vorwiegend nationale Konsultationsphase, in der Ende April ein Nationales Reformprogramm (NRP) und ein Stabilitäts- und Wachstumsprogramm (SWP) vorgelegt werden sollen, zu denen seit diesem Jahr im Kontext der Covid-19-Pandemie auch ein Aufbau- und Resilienzplan (ARP) hinzukommt. Diese verschiedenen Pläne und Programme zeigen die politischen Absichten der Regierung für mindestens das kommende Jahr auf.

Seit einigen Jahren findet in diesem Zusammenhang eine Konsultierung der Sozialpartner statt, bevor die drei Dokumente an Brüssel übermittelt werden. Diese Konsultierung lässt jedoch sehr zu wünschen übrig und beschränkt sich im Wesentlichen auf eine jeweilige Darstellung der Prioritäten der Arbeitgeber und der Gewerkschaften, ohne dass die Regierung zu den jeweiligen Positionen Stellung bezieht, Hinweise auf ihre Absichten gibt und die jeweiligen Vorschläge bei der

Fertigstellung der verschiedenen Pläne und Programme berücksichtigt.

Dies war sogar noch 2021 der Fall, als die UEL und die national repräsentativen Gewerkschaften OGBL, LCGB und CGFP der Regierung zum ersten Mal eine gemeinsame Stellungnahme vorgelegt haben. Es stellt sich daher die Frage, ob diese Konsultierung, die den Namen „Sozialdialog“ bislang nicht wirklich verdient, in Zukunft anders organisiert werden kann.

Im Anschluss an die Übermittlung der Entwürfe und Programme formuliert der Europäische Rat im Juni jeden Jahres länderspezifische Empfehlungen.

Anfang Oktober legt die Regierung der Abgeordnetenkammer den Gesetzesentwurf für den Staatshaushalt des folgenden Jahres vor, dem nun immer eine mehrjährige Finanzplanung beigelegt ist, die Aufschluss über die Absichten der Regierung in den kommenden vier Jahren gibt.

Nach Eingang der verschiedenen Stellungnahmen, insbesondere des Staatsrats und der Berufskammern, wird der Haushaltsentwurf im Dezember eines jeden Jahres der Abgeordnetenkammer zur Abstimmung vorgelegt. Wenn der Haushalt von der Kammer angenommen wird, wird er vor Jahresende im Memorial veröffentlicht. ◊

**Seit einigen Jahren findet
in diesem Zusammenhang
eine Konsultierung der
Sozialpartner statt, bevor die
drei Dokumente an Brüssel
übermittelt werden. Diese
Konsultierung lässt jedoch
sehr zu wünschen übrig**



***Der Aufschwung
muss jetzt dringend
und ernsthaft
vorbereitet werden.
Gerade jetzt!***